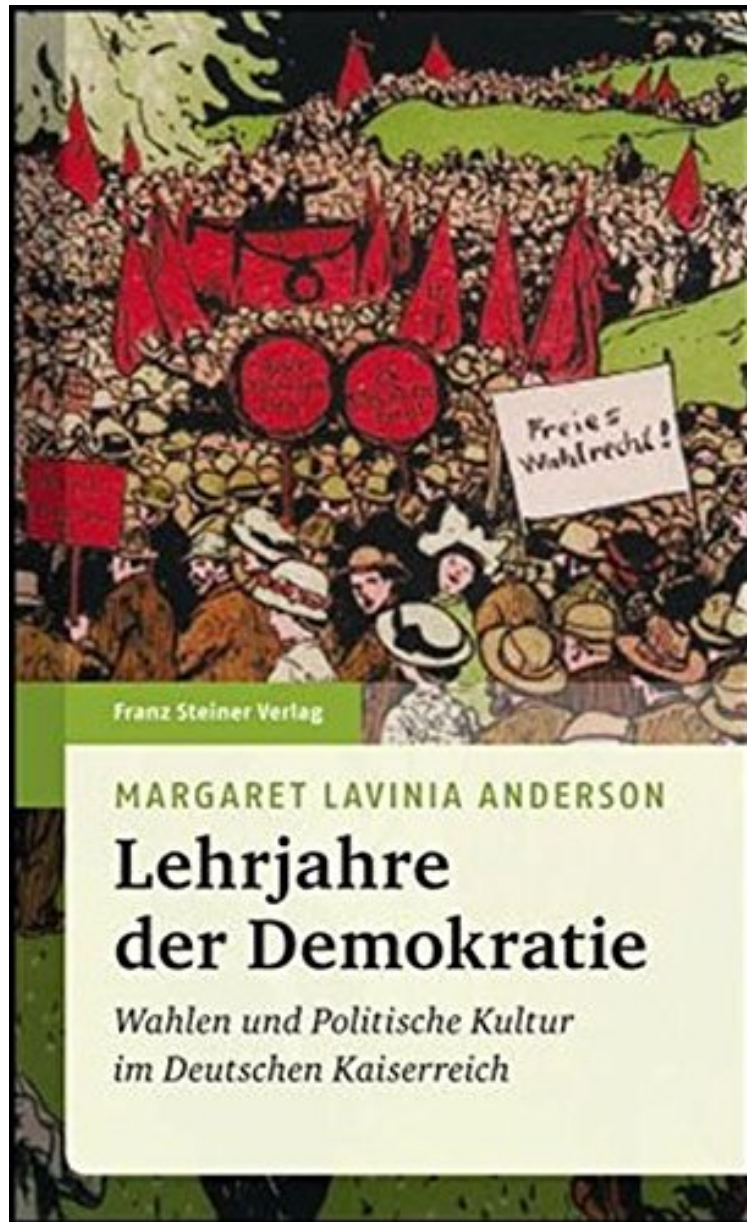


[Download] Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich (Beitrge zur Kommunikationsgeschichte)

Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich (Beitrge zur Kommunikationsgeschichte)

Von Margaret Lavinia Anderson
ePub | *DOC | audiobook | ebooks | Download PDF



DOWNLOAD



+

READ ONLINE

Produktinformation -Verkaufsrang: #1137226 in BcherVerffentlicht am: 2009-09-01Abmessungen: 9.57 x 1.69b x 6.73l, Einband: Gebundene Ausgabe562 Seiten | File size: 43.Mb

Von Margaret Lavinia Anderson : Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich (Beitrge zur Kommunikationsgeschichte) before purchasing it in order to gage whether or not it would

be worth my time, and all praised Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich (Beitrag zur Kommunikationsgeschichte):

KundenrezensionenHilfreichste Kundenrezensionen4 von 4 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich. Wahlen im KaiserreichVon Albrecht BrDie amerikanische Autorin hat mit ihrem im Jahre 2000 auf Englisch erschienenen Buch den Blick auf die demokratische Kultur des zweiten Deutschen Reiches das wirkungsmchtige Geschichtsbild vom undemokratischen Untertanenstaat des Kaiserreiches revidiert. Sie analysiert das im internationalen Vergleich moderne deutsche Wahlrecht und kommt zu verblffenden Ergebnissen: So habe die hufige Erfahrung des Wahlkampfes und des Wahlaktes die Akzeptanz der Demokratie gestrkt. Eine Wahlbeteiligung von ber 80 Prozent war nicht selten. Die Parteien und politischen Gruppierungen setzten sich mit ihren Gegnern zumeist ernsthaft inhaltlich auseinander. Abweichende Positionen wurden grundstzlich akzeptiert. Die im europischen Mastab hohe Wahlbeteiligung zeige, da die Deutschen sich engagiert und gut informiert am politischen Leben beteiligt und sich mit dem demokratischen Wahlsystem des Kaiserreiches weitgehend identifiziert htten. Der Staat nahm keinen Einflu auf Wahlen, Manipulationen gab es nicht. Trotz Sozialistengesetz konnten die Reichsfeinde der SPD weiterhin an Wahlen teilnehmen. Was fr liberale Zeiten! ist man versucht auszurufen, wenn man einen Vergleich mit der Gegenwart wagt. Erstaunlich sei, so Anderson, wie etliche deutsche Historiker und Politologen immer noch meinten, das demokratische Potential des Kaiserreiches sei gering gewesen.Das Buch macht dem weit verbreiteten Topos vom deutschen Sonderweg der Garaus. Es hat ganze Regalmeter historisch-kritischer Untersuchungen der Kockas, Rhls, Wehlers und Winklers zur Gesellschaftspolitik des Kaiserreiches zur Makulatur werden lassen. Es bleibt anzumerken, da es nur der Initiative eines Mzens zu verdanken ist, da diese Arbeit nun endlich auch auf Deutsch vorliegt und sich die historischen Erkenntnisse der Autorin jetzt auch auerhalb der Fachwelt verbreiten knnen.14 von 14 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich. Demokratie im KaiserreichVon Manfred BackerraMargaret Lavinia Anderson: Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich. Aus dem Englischen von Sibylle Hirschfeld, Franz Steiner Verlag September 2009, 562 Seiten, Abbildungen, gebunden, 29.90 EuroOriginalausgabe: Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany,2000 Princeton University PressDieses Werk aus den USA zeigt, da schon das junge deutsche Kaiserreich in der politischen Kultur und der demokratischen Beteiligung des Volkes den angeblichen Musterdemokratien Frankreich, England, USA bald mindestens ebenbrtig war.Margaret Lavinia Anderson, Professorin fr europische Geschichte in Berkeley, die schon durch ihr Buch ber den groen parlamentarischen Gegner Bismarcks, Ludwig Windthorst, einen Namen hat, forschte bis in Lokalzeitungen hinein mehr als zehn Jahre ber Wahlen und politische Kultur im kaiserlichen Deutschland. Insgesamt 1564 Funoten, leserfreundlich jeweils ans Seitenende gesetzt, zeugen von ihrer Grndlichkeit, mit der sie ein sehr lebendiges, durch witzige Anekdoten gewrtes Bild des vielgestaltigen kaiserlichen Deutschlands zeichnet.Practicing Democracy ... in Imperial Germany" nannte Gerhard A. Ritter in der Historischen Zeitschrift ein Mu fr jeden, der sich ernsthaft mit der Geschichte des Kaiserreichs beschftigt" und wnschte dringend" eine deutsche bersetzung. Dank Prof. Bernd Ssemann als Betreiber und Ehrhardt Bdecker als Frderer ist sie nun da. Die gepflegte und zugleich plastische Sprache des Originals hat die bersetzerin ganz hervorragend ins Deutsche bertragen, wobei sie Zitate den Originalquellen entnahm. Da auch die Errata des Originals beseitigt wurden, und Ssemanns Vorwort das Werk in den Rahmen der einschlgigen Geschichtsschreibung setzt, ist die deutsche Ausgabe dem Original vorzuziehen.Das Werk gilt weithin als ein Meilenstein in der Forschung ber Preuen-Deutschland, in den USA diesbezüglich als akademisches Standardwerk. Dies ist sehr erstaunlich, betrachtet man die Quintessenz von Andersons Werk:Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht fr Mnner (Frauen hatten es weltweit noch nicht), wurde im grten Teil Deutschlands, dem Norddeutschen Bund 1867, im Reich 1871 eingefhrt. Nur Griechenland (1844) und Frankreich (1852) waren frher. England schaffte erst 1949, US-Amerika praktisch sogar erst 1965 ein gleiches Wahlrecht. Im Reich wurde bis 1893 alle drei, dann alle fnf Jahre gewhlt, in England normalerweise nur alle sieben Jahre. Die Macht des Reichstags war de facto so gro, wie die anderer Parlamente, auch wenn er nicht die Regierung whlte.Wahlen und politische Praxis waren um einiges kultivierter als in den genannten Lndern. Gewalt, Betrug und Bestechung, die noch bis nach 1945 in den USA beklagt wurden, kamen praktisch nicht vor, allerdings, wie in anderen Lndern auch, massive Pressionen von Arbeitgebern und anderen Mchtigen. Auch der Staat stand nicht immer ber den Parteien". Doch besonders staatliche Wahlhilfe fhrt in der Regel zur Annullierung der Wahl durch die Wahlprfkommision des Reichstags und zur Neuwahl. Es war fast undenkbar, da der Staat Kommunen fr ein gewnschtes Wahlverhalten bestach, durch sachlich nicht gerechtfertigte Investitionen, Bahnlinien oder hnliches, wie in Frankreich blich. Der `nicht objektive, d.h., politische Einsatz staatlicher Ressourcen, verletzte das deutsche Gefhl fr Anstand", schreibt Anderson. Der Reichsstatthalter von Elsa-Lothringen mit dem franzsischen Beispiel vor Augen wollte es versuchen. Aber gegen das Rechtsbewusstsein seiner Beamenschaft hatte er, immerhin ein Generalfeldmarschall, keine Chancen.Whrend des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze wurden die bekmpften Parteien, das Zentrum und die Sozialisten immer strker. Der angebliche Obrigkeitsstaat war nmlich in erster Linie Rechtsstaat, auch im Bewusstsein des Volkes. Er schtzte den Whler besser als andere Staaten. In England waren Wahlanfechtungen eine sehr kostspielige persnliche Sache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Im Reich waren sie staatlich und kostenlos.Der Brger hatte Zivilcourage und nutzte seine

Rechte, auch auf eigenes Risiko. Eher als in anderen Ländern schuf er starke Parteien, die ihm Halt und Unterstützung sowie auch wirkliche Alternativen gaben. Nicht zuletzt sicherten diese durch Beobachter den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen. Das Volk bejubelte zwar den letzten Kaiser, doch mischte er sich parteiisch ein, gewann die Opposition. Bebel meinte, jede Rede des Kaisers bringe ihm 100 000 neue Stimmen. Trotz grimmigster Gegenstände, waren die Parlamentarier vereint, wenn es um ihr Recht ging. Nach der Reichsverfassung war jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes. Parteien wurden nicht erwähnt. Jeder wahlbare Bürger konnte sich damit zur Wahl stellen, auch wenn seine Partei Versammlungs-, Organisations- und Publikationsverbot hatte, wie die Sozialistische Arbeiterpartei bis 1890. In der Wahl(kampf)zeit von vier Wochen, oft durch Stich- und Nachwahlen verlängert, konnten sie auch alles sonst Verbotene als Wahlkampfmaterial verbreiten sowie Wahlveranstaltungen durchführen. Freilich gab es Verste der Polizei, aber selten; sie wurden schnell korrigiert. Keine Partei wurde ausgegrenzt, parlamentarische Immunität galt für alle Abgeordneten. Durch einfaches Reichstagsvotum wurden vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode aufgehoben. Von Anfang an gaben die Abgeordneten dieses Votum auch für ihre größten Feinde ab, selbst für so systemfeindliche wie die Sozialisten, die ihrem Führer Bebel applaudierten, als er noch 1903 auf dem Dresdner Parteitag ausrief: Ich will der Todfeind dieser Gesellschaft in dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen." (E. Bdecker, Preußen und die Wurzeln des Erfolgs.) Auch sonst galt Fairne: In Hamburg sammelten bürgerliche Progressive große Summen für die Familien von 65 Sozialisten, die aufgrund der Sozialistengesetze aus der Stadt gewiesen worden waren. Zwei oberschlesische Abgeordnete des Zentrums waren gefeierte Strafverteidiger für Sozialisten aus Breslau. Sehr demokratisch waren auch weitere Gebräuche: Wahlversammlungen dienten noch wirklich der Information durch Auseinandersetzung mit dem Gegner. Das Präsidium einer Partei-Veranstaltung wählten die Anwesenden (wahrscheinlich durch Akklamation). Waren die Teilnehmer der veranstaltenden Partei in der Minderheit, konnte durchaus ein Gegner das Podium übernehmen. Noch wichtiger: Zu jeder Wahlversammlung wurde ein Diskussionsredner einer anderen Partei eingeladen oder zugelassen werden. Dieser sprach nach dem angekündigten Redner. Ihm stand mindestens eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung. Anderson führt also implizit den langen Weg nach Westen" (A. Winkler) und den deutschen Sonderweg" (H.-U. Wehler), mit ihren Minderwertigkeitskomplexen gegenüber dem demokratischen Westen" ad absurdum. De facto stand das Kaiserreich in der Praxis schon in seinen Lehrjahren der Demokratie, wie in vielen anderen Bereichen, bald mit an der Spitze des Fortschritts. Hoffentlich gibt diese Kunde sowohl dem Geschichtsbewusstsein als auch der politischen Praxis, in der die Parteien sich den Staat zur Beute gemacht haben" (H.-H. v. Arnim) einen positiven Impuls. Manfred Backerra

Pressestimmen Zwei Punkte seien abschließend noch genannt, die nur deshalb am Ende dieser Ausführungen stehen, weil sie hervorgehoben gehören: Erstens, dass dieses Buch einfach Freude beim Lesen bereitet. Anderson schreibt lebendig, witzig und spricht ihre Leser immer wieder persönlich an. Zum Zweiten ist es der Übersetzerin Sibylle Hirschfeld nicht nur gelungen, Ironie und Sprachwitz der Autorin zuverordnend in die deutsche Ausgabe zu geleiten, sondern vor allem Bedeutungsnuancen kenntnisreich aus dem Englischen zu übertragen. Wer sich über die Geschichte der Reichstagswahlen sowie über deutsche und europäische politische Kulturen vor 1918 informieren möchte, trifft mit diesem Buch die richtige Entscheidung. (siehepunkte.de) Kurzbeschreibung Ein allgemeines Männerwahlrecht im Land der Kaiser, Junker und Generäle? Margaret Lavinia Anderson führt in die 'Kulturen der Demokratie' im Deutschen Kaiserreich ein. Sie zeigt die Herausforderungen, Folgen und Auswirkungen eines Wahlrechts in einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft, spricht entstehenden Freiräumen nach und kommt im direkten Vergleich mit Großbritannien, Frankreich und den USA zu einer erstaunlichen Neuinterpretation der Geschichte der Wahlen in Deutschland. Anderson gelingt es, ein lebendiges Bild einer Gesellschaft zu zeichnen, in der Arbeiter und Kleriker bemüht sind, Druck auf die Wähler auszuüben, und das politische Handeln die Erfahrungen des 'einfachen Mannes' prägen. 'Practicing Democracy' so der amerikanische Originaltitel bietet eine glänzende Analyse der demokratischen Kultur in Deutschland vor 1914 und gilt in den USA als Standardwerk. über den Autor und weitere Mitwirkende Margaret Lavinia Anderson ist Professorin für Geschichte an der University of California, Berkeley. Zurzeit ist sie Guggenheim Stipendiatin mit einem Forschungsauftrag am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences at Stanford, Kalifornien. In Ihren Arbeiten beschäftigt sie sich mit der politischen Kultur im Deutschen Kaiserreich und der Beziehung von Politik und Religion im 19. Jahrhundert.